

## **Europäische ArbeitnehmerInnen-Konferenz am 19./20. Juni in Berlin**

### **Entschließung zur Bildung eines „Komitees für eine Europäische Arbeitnehmerverbindung“**

**„Wir, Delegierte aus 16 Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien, Türkei, Tschechien, Ungarn) die zur gleichen Zeit mit der brutalsten Offensive gegen alle Errungenschaften und Rechte der ArbeitnehmerInnen konfrontiert sind, die seit dem Weltkrieg stattgefunden hat, beschließen, uns als »Komitee für eine Europäische Arbeitnehmerverbindung« zu konstituieren.**

Innerhalb weniger Wochen hat sich die „Schuldenkrise“ der „Randstaaten der Europäischen Union“ zur Schuldenkrise aller Staaten in Europa ausgewachsen, angefangen bei Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Die Großen dieser Welt und die Wirtschaftsexperten „entdecken“, dass alle europäischen Staaten zu viele Schulden gemacht haben. Sie haben sich hoch verschuldet, um der Privatwirtschaft zu Hilfe zu eilen, um die Konjunktur wieder anzukurbeln, die durch die einbrechende Nachfrage zu abgewürgt wird, und schließlich seit 2008, um das Finanzsystem vor dem Abgrund zu retten. Sie haben die Verluste der Banken und Spekulanten „sozialisiert“.

Und jetzt, da dem gesamten System der internationalen Finanzmärkte der Bankrott droht, drängen die Regierung Obama, der IWF und die Europäische Union alle europäischen Regierungen, eine neue Etappe der Deregulierung der Arbeit, des Lohndumpings und der Produktionsverlagerungen einzuläuten und neue Entlassungswellen vorzubereiten. Sie geben Anweisungen zur Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme, zur Schließung und Privatisierung von Krankenhäusern, zur Entlassung von hunderttausenden Lehrern... Während sie Hunderte von Milliarden in den skandalösen Militäractionen der Nato verpulvern, fordern sie zugleich die beschleunigte Umsetzung einer Politik, die buchstäblich ganze Regionen entvölkert, ob in Spanien, Rumänien, Osteuropa oder sogar in Deutschland, wo der Aderlass der ostdeutschen Bundesländer, der sich verlangsamt hatte, jetzt wieder zunimmt. Das verbinden sie immer häufiger mit der verbrecherischen Politik zur Zersetzung der Nationen, der Anstiftung von „ethnischen“ Provokationen und Konflikten, und einer direkten Politik der Kriegsführung.

In allen unseren Ländern lehnt die große Mehrheit der ArbeitnehmerInnen alle diese Sparprogramme ab.

Seit vier Monaten vergeht kein Tag, an dem nicht in Griechenland, Rumänien, Spanien, Portugal, Frankreich, Deutschland und Dänemark... Hunderttausende ArbeitnehmerInnen mit Demonstrationen ihre Wut bekunden, ihre Weigerung, alles hinzunehmen. Und sie sind gewillt, ihre Kraft zu vereinen, um alle diese monströsen Programme zum Scheitern zu bringen und ihre Rücknahme zu erkämpfen. Dagegen muss man leider feststellen, dass die Verantwortlichen der Parteien, die in den historischen Kämpfen der Arbeiterschaft in Europa entstanden sind, sich sobald sie an der Regierung sind, zu eifrigen Dienern der Europäischen Union und des IWF machen, so wie es Papandreou, Zapatero, Socrates getan haben...

Falls sie in der Opposition sind, hört man ihre zaghaften „Proteste“, doch keiner von ihnen hat die kleinste Initiative gegen den neuen europäischen Plan ergriffen (wenn sie in ihren

nationalen Parlamenten nicht sogar dafür gestimmt haben), der Hunderte Milliarden öffentlicher Gelder den Finanzmärkten in den Rachen wirft.

Was die Führungen unserer Gewerkschaftsverbände betrifft, die in allen unseren Ländern Millionen ArbeitnehmerInnen umfassen und organisieren, so haben sie zwar hier und da protestiert, doch in ihrer großen Mehrheit keine von den Kampfmaßnahmen ergriffen, die die Millionen ArbeitnehmerInnen in ganz Europa von ihnen erwarteten.

Während alle von diesen Führungen erwarteten – d.h. von unseren Führungen, denn wir sind alle politisch und gewerkschaftlich engagierte KollegInnen –, dass sie diese Rettungs- und Sparpakete klar und deutlich verurteilen und dazu aufrufen, sie unverzüglich zu blockieren, haben sie nicht darauf gehört. Anstelle eines Aufrufs zur sofortigen Aktion, um diese Rettungs- und Sparpakete zu durchkreuzen, bietet man uns sog. europaweit koordinierte Aktionen im Rahmen eines EGB an, der fordert, „die Arbeitsbeziehungen und den Kündigungsschutz zu überprüfen und wenn nötig anzupassen (...) und um den Erfolg der Mechanismen dieser neuen Regierungspolitik zu sichern, die Sozialpartner auf allen Ebenen in die Ausarbeitung und Begleitung der nationalen und europäischen Reformstrategien enger einzubinden“.

Als ob es für die ArbeitnehmerInnen keine Möglichkeit gäbe, der Erpressung durch die Ratingagenturen und deren Chefs zu entgehen; als ob es für die Menschheit keine andere Lösung gäbe, als über „sozialverträgliche“ Zugeständnisse zu verhandeln, die die Gier der Finanzmärkte befriedigen können.

Sie sollen aufhören, uns von der „Regulierung der Finanzmärkte“, der „Demokratisierung der EZB“ und der EU-Institutionen zu sprechen! Denn wer soll sich darum kümmern, auf dem G20-Gipfel die Märkte zu „regulieren“ und die EU in Brüssel zu „demokratisieren“? Wer sonst als die gleichen, die die Krise verursacht haben, die gleichen, die die Bankenrettung 2008 durch die Plünderung der öffentlichen Haushalte entschieden haben und fest entschlossen sind, so weiter zu machen.

Ist es heute vorstellbar, dass die Führungen unserer Organisationen das Überleben von Zig Millionen ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien den Forderungen der Verantwortlichen für diese Katastrophe und ihrer Instrumente EU und IWF unterordnen?

Ist es heute vorstellbar, dass die Führungen unserer Organisationen diese in eine Integration in die „Weltregierungspolitik“ hineinziehen, wie sie vom IGB und EGB gepredigt wird – eine Integration, die die Organisationen zerstören würde?

Wir, die Delegierten aus 16 Ländern, die in Berlin am 19.-20. Juni versammelt sind, antworten: NEIN! Wir haben die Berichte der Delegierten auf dieser Konferenz gehört. Sie haben uns die Kämpfe dargestellt, die sich heute in Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien entfalten... gegen diese Politik des Konsenses, der Nationalen Verantwortung, die von den Führungen unter Verletzung ihres Mandats betrieben wird. Die Redner haben gesagt:

- Wenn man heute zulässt, dass das Arbeitsrecht ausgehöhlt, die Renten, das soziale Sicherungssystem, das Bildungswesen zerschlagen werden...
- Wenn man es zulässt, dass sich die Welle der Produktionsverlagerungen und Entlassungen ausbreitet, weil die Banken das verlangen...
- Wenn man es zulässt, dass das Streikrecht und das Recht auf unsere unabhängigen Gewerkschaften angegriffen werden...

...dann ebnet man den Weg in eine soziale und politische Katastrophe, mit der unser Kontinent bereits seine dramatische Erfahrung gemacht hat.

Auf der Grundlage dieser Berichte bekräftigen wir: Die Arbeiterschaft in unseren Ländern ist nicht geschlagen, sie ist höchst präsent und kampfbereit. Die bisherigen Streiks und Demonstrationen in unseren verschiedenen Ländern sind nur die ersten Signale dafür. Nichts ist dringender als die vereinte Front der Arbeitnehmerorganisationen von unten bis oben, von oben bis unten zu verwirklichen, um alle diese Programme zum Scheitern zu bringen, jedes einzelne nationale Programm wie das gesamte europäische Programm.

Nichts darf dem im Wege stehen. Die enorme Kraft der Millionen europäischen ArbeitnehmerInnen ist in der Lage, die Führungen der von ihnen aufgebauten Organisationen zu verpflichten, ihr Mandat zu erfüllen, Nein zu sagen zu den Sparprogrammen, zu den Anti-Reformen gegen die Renten und das Gesundheitswesen, gegen die Aushöhlung des Arbeitsrechts... Sie sollen die Verstaatlichungen durchsetzen, wie es die Rettung von Zigtausenden Arbeitsplätzen verlangt. Und wir beschließen, uns mit aller Kraft dafür einzusetzen.

Wir wiederholen: alle diese Programme zum Scheitern bringen, ihre Rücknahme erkämpfen, ist der erste praktische Schritt auf dem Weg zu einem wirklichen solidarischen Bund der Völker Europas. Das ist der „Arbeitnehmerpakt“, den wir besiegeln wollen.

Die Erfahrung der letzten Monate lässt keinen Zweifel. Es kann keine Lösung im Interesse der ArbeitnehmerInnen in Europa geben, ohne den Bruch mit den EU-Richtlinien, den IWF-Diktaten und den europäischen Institutionen selbst...

Das ist die Voraussetzung für jede Reorganisation der Produktion zugunsten der Arbeit, für die Garantie der Arbeitsplätze und somit für einen wirklichen Wiederaufbau unserer Länder, für die Rückeroberung der Souveränität unserer Völker und der Demokratie. Das ist die Voraussetzung für die Bildung von Regierungen, die fähig sind, die Bedürfnisse der Völker zu erfüllen.

Um besser für dieses Ziel kämpfen zu können; um den politischen Meinungs austausch untereinander zu verbessern; uns in unserem Eingreifen gegenseitig zu unterstützen, den ArbeitnehmerInnen in unseren jeweiligen Ländern zu helfen, durch die Verwirklichung der Einheit ihrer Organisationen auf der Grundlage des Mandats und Auftrags der Arbeitnehmer Lösungen in ihrem Interesse durchzusetzen. Was die Befreiung von den Krisenanforderungen der den Finanzmärkten und den Bedürfnissen des Kapitals verlangt. Dessen Ausbeutungssystem allein verantwortlich für die Katastrophe.

Auf diesem Wege kann Schritt für Schritt ein wahrer freier Bund der Völker Europas Wirklichkeit werden und nicht durch die Rettungspakete für den Euro, aus dem die Finanzmärkte die größten Profite ziehen. Dieser Bund der Völker gründet auf der Solidarität, der Brüderlichkeit und dem Frieden.

**Als Schlussfolgerung dieser Konferenz beschließen wir, ein »Komitee für eine Europäische Arbeitnehmerverbinding« zu gründen, das sich diesen Zielen verpflichtet.**

**Wir fordern die Delegierten aus unseren 16 Ländern Europas auf, ihre Delegierten zur Offenen Weltkonferenz gegen Krieg und Ausbeutung in Algier (27.-29. November 2010), zu der die Internationale Arbeitnehmerverbinding (IAV) und die Arbeiterpartei (PT) Algeriens aufgerufen haben, mit der Vertretung der Ziele und Ergebnisse unserer Konferenz zu beauftragen.**

## **UnterzeichnerInnen**

### **Belgien:**

Philippe Larsimont (MDT - Bewegung für die Verteidigung der Arbeitnehmer, FGTB - Allgemeiner Gewerkschaftsbund Belgiens); Fayçal Draïdi (Komitee für die Einheit, FGTB)

**Dänemark:** Per Sörensen

### **Deutschland:**

Michael Altmann (ver.di, SPD, Mitglied im AfA-Bezirksvorstand); Bahr, Bernd (ver.di, SPD) Bahr, Detlef (ver.di), Beyer, Peter (ver.di); Boulboulé, Carla, (Redaktion Soziale Politik & Demokratie); Bunz, Kerstin (ver.di, SPD); Cornely, Matthias (IG Metall, BR-Vors., Die Linke); Rainer Döring (ver.di Bezirksvorstand); Dröge, Wolfgang (ver.di); Eisner, Udo (IG Metall, DL); Engstfeld, Ellen (ver.di, PR, SPD); Ernst, Manfred (IG Metall, AfA); Falk, Elke (ver.di); Frey, Henning (GEW, SPD); Fürst, Kerstin (Vertrauensperson S-Bahn, TRANSNET); Futterer, Michael (stellv GEW-Landesvorsitzender Baden-Württemberg); Gehring, Ursula; Gellrich, Carmen (SPD); Gürster, Eva (ver.di, SPD, Vorstand ASG); Gürster, Julian (IRJ); Hahn, Gaby (ver.di, SPD, AfA-Vors. Chemnitz); Henze, Eberhard (ver.di, SPD); Jaremischak, Peter; Kischkat, Mirko (ver.di - Landesbezirksjugendvorstand NRW, SPD, AfA.); Kreutler, Peter (ver.di, SPD, AfA); Krupp, Gotthard (ver.di Bezirksvorstand, SPD, AfA-Landesvorstand); Lätsch, Winfried (NGG); Leisling, Monika; Ludwig, Barbara (GEW, SPD); Ludwig, Helmut; Müller, Jürgen (SPD, AGS); Ott, Lothar (GEW, SPD); Polke Peter (Betriebsrat S-Bahn, TRANSNET); Prasuhn, Volker (ver.di, SPD, AfA-Kreisvorsitzender); Richter, Peter (SPD, AfA); Röser, Ingo (ver.di, PR-Vorsitzender); Saalmüller, Peter (ver.di, SPD); Schermer, Gerlinde (SPD); Schüller, Klaus (DGB-Sekretär Thüringen; stellv. AfA-Landesvorsitzender); Schuster, Anna (ver.di-Vertrauensfrau); Schuster, H.-W. (ver.di-VP, SPD, Vors. der AfA, Düsseldorf); Schwefing, Günter (ver.di); Seyhun, Ersin (IG Metall); Sichert, Winfried; Timmermann, Olaf (ver.di, SPD); Türke, Peter (IG Metall, SPD, AfA); Uhde, Werner (ver.di, IAV); Weigt, Hans (ver.di); Weiß, Dirk (IG BCE, SPD); Wernecke, Monika (ver.di); Zutz, Axel (IG BAU, SPD-AfA) (alle im eigenen Namen)

### **Frankreich:**

Jacques Paris (Gewerkschafter); Bruno Ricque (Gewerkschafter im Gesundheitswesen); Stéphane Jouteux (Gewerkschafter); Jean-Charles Marquiset (Mitglied des ständigen Sekretariats der POI - Unabhängige Arbeiterpartei); Jacques Girod (Gewerkschafter); Marc Gauquelin (POI); Christel Keiser (Nationales Büro der POI); Bruno Mortagne (POI)

**Griechenland:** Helene Zografaki-Teleme

**Großbritannien:** Nick Phillips (BECTU); Henry Mott (UNITE) (beide im eigenen Namen)

### **Italien:**

Alessandra Cigna (Komitee für eine unabhängige Arbeiterpartei); Andrea Monasterolo (Komitee für eine unabhängige Arbeiterpartei); Lorenzo Varaldo (Komitee für eine unabhängige Arbeiterpartei)

**Portugal :** Aires Rodrigues (Nationaler Sekretär der POUS - Arbeiterpartei der Sozialistischen Einheit)

**Rumänien:** Marian Tudor (Vereinigung für die Befreiung der Arbeiter - AEM)

### **Schweden:**

Jan-Erik Gustafsson (Volksbewegung „Nein zur EU“); Eva Jonson, LSR / Volksbewegung „Nein zur EU“ (beide im eigenen Namen)

**Schweiz:** Michel Gindrat (Schweizer Gewerkschaftsbund (SSP), Sozialdemokratische Partei)

### **Serbien:**

Djuro Velickovic (Gewerkschaft im Stromunternehmen EPS); Pavlusko Imsirovic (Vereinigung für Arbeitnehmerpolitik)

### **Spanischer Staat:**

Francisco Cepeda Gonzalez (Vorstandsmitglied der Druckergewerkschaft, CCOO Madrid); Blas Ortega (Gewerkschaft öffentlicher Dienst, UGT Valencia); Andrès Moreno (Gewerkschafter, CCOO Castellon); Maria Jesus Fernandez (PSOE, Gewerkschaft öffentlicher Dienst, UGT Biscaya); Miguel Gonzalez Mendoza (Rechtsanwalt, UGT Taragona); Victor Guisado Munoz (Lehrergewerkschaft, UGT Barcelona)

**Tschechien / Slowakei:** Petr Schnur (SCSB.EIT); Jan Pribran (SCSB.EIT)

**Türkei:** Mehmet Cemil Ozansü (Vereinigte Arbeiterpartei der Türkei)

**Ungarn:** Judith Somi (Bulletin »Munkas Hirlap«)

**Kontaktadresse für Deutschland: Carla Boulboulé; Postfach 120 364; 10593 Berlin;**

**Fax: 030-3131 662; Carla.Boulboule@t-online.de**